

Dokumentation

Festveranstaltung im Rahmen der DFG-Jahresversammlung 2011

Begrüßung durch DFG-Präsident Professor Dr.-Ing. Matthias Kleiner

Ansprache von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Festrede des DFG-Präsidenten „Wissenschaft, Wohl und Wohlstand“

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 6. Juli 2011



forschung

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2011

DFG

Begrüßung

durch DFG-Präsident Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner

Hochverehrte Festversammlung*,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich und ganz besonders Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Frau Merkel, mit einem ebenso herzlichen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit nehmen, zu uns zu kommen und zu uns zu sprechen! Zu sprechen, zur Festversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2011 – 60 Jahre nach der Neugründung der DFG im Sommer 1951. 60 Jahre, die wir nur ein wenig, ganz dezent, feiern wollen.

Die DFG ist ein Kind ihrer Gründungszeit: Unter dem Eindruck und dem Schock der Gleichschaltung, aber auch der Dienstbarkeit der Wissenschaft im Dritten Reich lag gerade zu Beginn der bundesrepublikanischen DFG ein besonderes Augenmerk auf dem Prinzip der Autonomie und Selbstorganisation.

Gleichzeitig ist die DFG immer auch ein Kind ihrer Gegenwart: Beständig über die 60 Jahre waren daher vor allem zwei Aspekte – der erste: dass sich die Dinge kontinuierlich verändert haben im Wissenschaftssystem. Der zweite: das Prinzip der Selbstverwaltung. Dabei haben sich natürlich auch die Selbstverwaltung und die Art und Wei-

se, wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Belange in Wissenschaft und Forschung selbst überblicken und organisieren, weiterentwickelt und jeweils neu angepasst.

Auf das in der Welt doch recht besondere und so konsequent umgesetzte Verständnis von Selbstverwaltung der Wissenschaft sind wir hierzulande berechtigt stolz. Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, haben es 2007 bei der von der DFG veranstalteten ERC-Auftaktkonferenz in aller Kürze auf den Punkt gebracht: „Forschung braucht Freiheit.“ Und Frau Bundesministerin Annette Schavan ergänzte: „Politik gewinnt ihrerseits Souveränität, indem sie der Wissenschaft vertraut.“

Für dieses große Vertrauen möchte ich mich im Namen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und stellvertretend für die Wissenschaft in Deutschland bei Ihnen, verehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, ebenso wie mit Blick auf die Länder bei Ihnen, verehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, und bei Ihnen, verehrte Frau Ministerin Kunst, sehr, sehr herzlich bedanken!

Bisweilen, das muss man gar nicht verhehlen, herrscht auch ein wenig Skepsis gegenüber der Selbstverwaltung der Wissenschaft. Wenn dann zum Beispiel kritisch angemerkt wird, die DFG

wirke weitreichend und prägend an den Rahmenbedingungen der Wissenschaft in Deutschland mit und sei mit nahezu allen wissenschaftsrelevanten Themen befasst, dann denke ich: So soll es ja auch sein! Denn das Prinzip der Selbstverwaltung in der Wissenschaft hat sich in den letzten 60 Jahren mehr als bewährt.

Ein Selbstzweck war es dabei nie: Die DFG ist keine Interessenvertretung im üblichen Sinne. Wenn Sie so wollen, heißt Selbstverwaltung hier vor allem die aktive Beteiligung vieler einzelner Forscherinnen und Forscher. Sie heißt Nähe und Kenntnis und Betreff. Denn diejenigen, die Entscheidungen herbeiführen, fundieren und treffen, sind auch diejenigen, die von deren Sachverhalten und Auswirkungen selbst betroffen werden. Sie, das sind die vielen, vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor allem an den Universitäten, aber auch an außeruniversitären Einrichtungen der Forschung. Insofern vereint die DFG zahlreiche Aktivitäten, die unsere Mitglieder, gemeinsam mit Wissenschaftlern im Namen ihrer Fächer, für Kolleginnen und Kollegen und für den wissenschaftlichen Nachwuchs anstoßen und treiben.

Wenn also die DFG auch Interessen vertritt – und dass dies natürlich in vielem inbegriffen ist, was unter ihrem Dach geschieht, ist offensichtlich –, dann ist es eben entscheidend, sich vor Augen zu führen, welche und vor allem wie viele Personen die DFG tatsächlich ausmachen. Schließlich sind es ja gerade nicht einzelne Personen oder Interessengruppen, die die Themen der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorgeben oder bestimmte Interessen verfolgen. Nein, die DFG ist vielstimmig. Damit korrespondiert ein feines Gehör für Zwischentöne und leise vorgetragene Bedürfnisse.

Vielleicht gelingt uns deshalb oft ein gemeinsamer und deutlicher Klang, weil jede und jeder Betei-

ligte seine Melodie kennt und sie in den gemeinsamen Klangkontext zu integrieren weiß, ihren Takt und ihren Rhythmus anderen erklärt und nahebringt und formuliert, welche Instrumente es braucht, um sie hörbar zu machen. Damit versetzen die jeweiligen Expertinnen und Experten beispielsweise in unseren Gremien ihre Mitstreiter in die Lage, gemeinsame Entscheidungen im Sinne einzelner Melodien – also zum Beispiel im Sinne einzelner Wissenschaftszweige, Initiativen oder Projekte – ebenso wie zum Erhalt und Ausbau des gesamten Stimmumfangs zu treffen, der dem Wissenschaftssystem in Deutschland innewohnt.

Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit mit unseren Zuwendungsgebern, also mit Bund und Ländern, mit politischen Institutionen und mit unseren Partnern. Mein Eindruck und meine Überzeugung ist nämlich: Man schätzt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, weil in ihrem Verbund die Wissenschaften für sich stehen. Weil sie unabhängig ist und dabei in Reichweite, oder vielleicht besser „Hörweite“, bleibt.

Es ist ein bisschen so wie mit den Freunden: Die offen und ehrlich mit uns sprechen, die ihre eigenen Interessen mit den unsrigen in Einklang bringen können, die die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz finden, wenn wir sie um Rat fragen, sind uns die unbestechlichen Begleiter im Leben. Zwar selbstverständlich, aber nicht ganz so offensichtlich ist dabei, dass Unabhängigkeit und eine gewisse Eigenständigkeit vor allem Verantwortung bedeutet. So in Albert Camus' Worten: „Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Rechten, sondern aus Pflichten.“

Unser Motto „Gemeinsam für die Forschung“, unter das wir die Jahresversammlung 2011 gestellt haben, ist ein vielfältiges ‚Gemeinsam‘. Es birgt nicht nur die Mitglieder der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Fachvertreterinnen

* In der Begrüßungspassage geringfügig gekürzter Wortlaut

und Fachvertreter in den Gremien, es umfasst allen voran natürlich die einzelnen Forscherinnen und Forscher. Es ist auch ein durchlässiges ‚Gemeinsam‘. Mehr noch ist es ein ‚Gemeinsam‘, das auf differente Perspektiven baut und umgekehrt beim Aufbau anderer Sichtweisen hilft. So verstehe ich unsere Zusammenarbeit mit unseren Zuwendungsgebern, deren Vertreterinnen und Vertreter in unseren Gremien aktiv in Entscheidungsprozessen partizipieren, die die Weichen und Rahmenbedingungen für die Wissenschaft stellen.

Den großen Rahmen haben in den vergangenen Jahren vor allem die „Drei Pakte“ – die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt und der Pakt für Forschung und Innovation – gesteckt, nein, man muss besser sagen: eröffnet! In Europa und international werden wir beneidet um diese besonderen Rahmenbedingungen, für die wir dem Bund und den Ländern sehr dankbar sind!

Und wie das so ist, mit dem Dank in der Wissenschaft, verbindet sich dieser auch gleich mit weiteren Perspektiven, wenn Sie mir das bitte nachsehen:

Die Exzellenzinitiative wird mit den Entscheidungen über Neu- und Fortsetzungsanträge im Juni 2012 in die zweite und wohl letzte Phase gehen. Dabei sollten aber auch die erfolgreichen neuen Initiativen, die Exzellenzcluster und Graduiertenschulen, den vollen Förderzeitraum haben, um Strukturen und Forschungsprofile zu bilden und zu stärken, aber vor allem das zu entwickeln, was wir doch eigentlich von ihnen erwarten: herausragende Forschungsergebnisse und herausragenden Nachwuchs. Und ich meine daher auch: Damit unsere Landkarte der Exzellenz sich dynamisch weiterentwickeln kann, sollten die jetzigen Mittel für Forschungsverbünde und Graduiertenschulen der DFG auch langfristig für derartige Förderformate zur Verfügung stehen.

Langfristigkeit ist ein Lebenselixier der Wissenschaft. Daher ist der Pakt für Forschung und Innovation so wichtig und wertvoll und sollte eine Zukunft, eine Fortsetzung haben. Gleiches gilt für den Hochschulpakt – vor allem für die darin enthaltene Programmpauschale für DFG-Projekte, die eine segensreiche Wirkung in den Hochschulen entfaltet. Eine derzeit diskutierte Mitfinanzierung der Hochschulen durch den Bund könnte, in Breite und Spitze, effizient und qualitätsgesichert, unbürokratisch und ohne Verwaltungskosten, kurzum: könnte sehr elegant und schon jetzt über eine deutliche Erhöhung der Programmpauschale in Richtung Projektvollkosten erfolgen. Soweit mein „perspektivischer“ Dank.

Meine Damen und Herren, unser „Gemeinsam für die Forschung“ hat noch eine weitere Ebene, die ich bis hierher noch nicht erwähnt habe. Es erstreckt sich auf die Gesellschaft, die konsequent zurückgedacht, unser wesentliches Fundament bildet. Wenn man also fragt, warum eigentlich Forschung, dann findet Forschung ihre Berechtigung, ihre Grundlage und ihre Notwendigkeit immer im Bezug zur Gesellschaft.

Dem Protokoll der Sitzung am 18. und 19. Mai 1951, auf der die Gründung diskutiert und vorbereitet wurde, ist zu entnehmen, dass der Nobelpreisträger Werner Heisenberg, der damals als Präsident des Deutschen Forschungsrates dessen ‚Fusion‘ mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft begleitete, dafür folgenden Ausdruck fand: „[...] die Wissenschaft [sei] Voraussetzung für das Leben und die Entwicklung des Volkes.“ Das gilt nach wie vor.

Liebe Gäste und Freunde der DFG, nun wünsche ich Ihnen einen vergnüglichen und interessanten Nachmittag bei der Festveranstaltung 2011 der Deutschen Forschungsgemeinschaft hier in der Bundeskunsthalle in unserer Bonner Heimat!

Ansprache von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Die Gratulanten kennen heute kein Ende. Der Bund gratuliert ebenfalls. Mit einem Zitat möchte ich beginnen: „Das schönste Glück des denkenden Menschen ist, das Erforschliche erforscht zu haben und das Unerforschliche zu verehren.“ Dieser Einschätzung Goethes zufolge kann sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft wirklich glücklich schätzen. Das Jahr 2011 ist ohnehin ein besonderes Jahr: Vor 60 Jahren gründete sich die Selbstverwaltungseinrichtung der deutschen Wissenschaft neu. Sie ging 1951 aus der Fusion zweier Institutionen hervor: aus der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbelebt wurde, und aus dem ebenfalls noch jungen Deutschen Forschungsrat, der wissenschaftspolitisch ausgerichtet war.

Der Neuanfang war bitter nötig, denn die Forschungsgemeinschaft der Vorkriegszeit stand seit Mitte der 1930er-Jahre in den Diensten der Nationalsozialisten und ihrer unmenschlichen Verbrechen. 1945 fand sich auch die deutsche Wissenschaft vor den Trümmern ihres eigenen Handelns wieder. Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Folgejahre wie ein Wunder aus. Aus der Not geboren steht heute die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht nur exzellent da, sondern sie steht auch für wissenschaftliche

Exzellenz. Dies zu würdigen ist mir eine große Freude. Deshalb herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Festveranstaltung.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist in der Tat als ein starker Pfeiler unseres Wissenschaftssystems nicht mehr wegzudenken. Ihre Strukturen und Verfahren zur Auswahl der besten akademischen Projekte genießen höchstes Ansehen. Den European Research Council hätten wir nicht gründen können, wenn wir dabei nicht sehr viel vom Selbstverwaltungssystem der Deutschen Forschungsgemeinschaft hätten einfließen lassen können.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert Forscherinnen und Forscher aller Disziplinen. Sie stellt dafür Mittel zur Verfügung und eröffnet damit Freiräume, ohne die wissenschaftlicher Fortschritt kaum denkbar wäre. Dabei wurde über die Jahrzehnte hinweg ein hoher Qualitätsanspruch sichergestellt. Dafür möchte ich an einem solchen Tag wie diesem neben dem Präsidenten vor allen Dingen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle und den zahlreichen ehrenamtlichen Gremienmitgliedern, Gutachterinnen und Gutachtern ganz herzlich danken. Ohne sie würde dieses System nicht funktionieren.

Weiterhin viel Elan für die nächsten Jahrzehnte.

Allen, die sich voller Leidenschaft in die und für die Deutsche Forschungsgemeinschaft einbringen, sage ich herzlichen Dank, weil Sie für Unabhängigkeit und wissenschaftliche Exzellenz einstehen, weil Sie Schrittmacher der Spitzenforschung sind, weil Sie wissenschaftlichen Nachwuchs fördern und damit in das gewinnbringendste Kapital unseres Landes investieren: in Bildung, in Forschung, in Innovation. Das ist und bleibt der Rohstoff unseres Wohlstands.

Rohstoffe finden, fördern und formen, sprich: Mehrwert schaffen – das dauert manchmal lange. Das gilt ganz besonders für die Grundlagenforschung. Gerade deshalb muss Wissenschaft Raum haben, um sich zu entfalten. Sie muss unabhängig sein können. Dann kann sie auch neue Wege aufzeigen und ungeahnte Perspektiven eröffnen.

Dabei steht die Wissenschaft in einer doppelten Verantwortung. Erstens geht es um ethische Grundsätze. Die Grenzen des Wissens erweitern sich immer schneller. Tag für Tag kommen neue Entdeckungen dazu, auch Erkenntnisse, die bis weit in das persönliche Leben hinein von Relevanz sein können. Umso wichtiger ist es, zu fragen, ob sie sich mit unseren ethischen Grundsätzen vertragen. Es steht außer Zweifel: Wissenschaft und Forschung brauchen Freiräume. Das ist auch im Grundgesetz verankert.

Aber ebenso steht außer Zweifel, dass die Wissenschaft auch verpflichtet ist, Freiräume verantwortungsvoll zu nutzen. Dazu gibt Artikel 1 unseres Grundgesetzes den Weg vor: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das heißt letztendlich, nicht alles, was möglich ist, sollte auch gemacht werden. Aber jeder weiß, in welchem Spannungsfeld wir uns da bewegen.

Morgen wird es wieder eine intensive Debatte im Deutschen Bundestag über den Umgang mit der Präimplantationsdiagnostik geben. Das ist nur ein Beispiel unter vielen, an dem sich dieses Spannungsfeld aufzeigt und bei dem wir natürlich auch auf Ihren Rat und Ihre Einschätzung angewiesen sind.

Zur zweiten wichtigen Verantwortung der Wissenschaft: Wissenschaftliche Arbeiten sollten sich nicht selbst genügen, Wissen sollte verbreitet und zugänglich gemacht werden. Von dem Psychologen Kurt Lewin, der einst vor den Nationalsozialisten aus Deutschland fliehen musste, ist der Satz übermittelt: „Eine Forschung, die nichts anderes als Bücher hervorbringt, genügt nicht.“ Forscherinnen und Forscher stehen also in der Verantwortung, an ihren Kenntnissen auch die Gesellschaft teilhaben zu lassen. Dies kann über Publikationen und viele andere Wege erfolgen. Das kann auch wie heute über einen spannenden Vortrag über die Weltmeere geschehen.

Es geht aber auch darum – das ist eine Bitte von mir an Sie –, die Sprache der Wissenschaft so zu benutzen, dass diejenigen, die nicht ganztägig wissenschaftlich beschäftigt sind, sie auch verstehen können. Ich finde, beim Thema Fische hat das gut funktioniert. In der Quantenchemie wird das schon etwas schwieriger. Aber selbst dort sollte man sich nicht scheuen, sich um mehr allgemeine Verständlichkeit zu bemühen.

Ich möchte, um ein Beispiel für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu nennen, Herrn Professor Kleiner noch einmal dafür danken, dass er spontan dazu bereit war, zusammen mit Herrn Töpfer die Ethikkommission Sichere Energieversorgung zu leiten. Es war eine unerwartete neue Aufgabe, aber Sie haben sie mit Bravour gemeistert. Noch einmal herzlichen Dank dafür.

Das Thema Energieforschung wird uns intensiv begleiten. Deshalb darf ich Ihnen sagen: Die Bundesregierung wird noch im Sommer ein neues Energieforschungsprogramm vorlegen, an dem viele Kabinettsmitglieder beteiligt sind. Darin wird das Thema Energiespeicherung eine zentrale Rolle einnehmen. Dafür werden wir in der nächsten Zeit erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Wir haben hier noch viel Unerforschtes. Das sollte angegangen werden.

Der Pakt für Forschung und Innovation ist vorhin schon genannt worden. 2010 lief die erste Phase aus. Wir haben mit diesem Pakt mehr Berechenbarkeit und Planungssicherheit in die Entwicklung der Forschungsorganisationen gebracht. In der ersten Phase gab es pro Jahr drei Prozent Mittelzuwachs. Für die nun folgende zweite Phase erhöhen wir den jährlichen Mittelzuwachs auf fünf Prozent. Wir haben heute im Kabinett beschlossen, das im Haushaltsplan des Bundes zu verankern. Davon profitiert natürlich auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Ich glaube, diese Planungssicherheit ist dringend notwendig, damit Sie Ihre Arbeit in der nötigen Unabhängigkeit leisten können.

Mit dem Pakt für Forschung und Innovation haben wir uns sehr ehrgeizige Ziele gesetzt, genauso wie die einzelnen Institutionen. Es geht hierbei neben der Einzelförderung auch um immer bessere Vernetzung, um Unterstützung des Nachwuchses und um Internationalisierung. Ich habe neulich auch bei einer Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft gesprochen. Natürlich muss Internationalisierung wohl durchdacht sein. Wir können nicht alles international wiederholen, was wir schon im eigenen Lande machen. Vielmehr müssen wir ein Auge darauf werfen, wo und wie wir uns vernetzen können. Ich bin mir sicher, dass Sie die Ziele, die Sie sich in der Deutschen Forschungsgemeinschaft setzen, auf diesem Gebiet

auch erreichen werden. Denn das ist Ihnen bisher eigentlich immer gut gelungen. Deshalb vertrauen wir darauf, dass das auch in Zukunft gelingen wird.

Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass auch die Effizienz der Forschungsarbeit vorangebracht wird. Auch das ist ein weites Feld. Frau Kraft hat eben darauf hingewiesen, wie wichtig Drittmittel heute insbesondere für Universitäten sind. Hier haben wir eine klassische Schnittstelle zwischen Bildung und Forschung.

Die Exzellenzinitiative – ich glaube, da sind wir uns einig – hat frischen Wind in die Forschungsförderung gebracht. 37 Universitäten sind mit über 1,9 Milliarden Euro in der ersten Phase gefördert worden. Nach anfänglicher Südlastigkeit wissenschaftlicher Exzellenz arbeiten wir uns langsam gen Norden vor. Im März 2010 wurde die zweite Phase des Exzellenzwettbewerbs gestartet. Bis 2017 werden Mittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro in unterschiedlichen Bereichen zur Verfügung gestellt. Ich hoffe, dass diese Exzellenzinitiative in der Hochschullandschaft weitere Dynamik entfaltet.

In dieser Hinsicht ist auch der Hochschulpakt ein zentrales Element, auf das wir alle, Bund und Länder, ein Stück weit stolz sein können. Für die jungen Menschen in Deutschland muss es die notwendigen Perspektiven geben. Verkürzte Schulzeiten und nunmehr auch die Aussetzung der Wehrpflicht führen dazu, dass wir einen höheren Ansturm auf die Universitäten haben. Jeder junge Mensch sollte eine gute Bildung und Ausbildung bekommen können. Wir haben uns deshalb auf eine dritte Säule des Hochschulpakts zwischen Bund und Ländern verständigt. Ich darf Ihnen versichern, dass der Bund, der von 2011 bis 2020 rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellt, seinen Verpflichtungen nachkommen wird.

Wir wollen, dass unsere Universitäten international konkurrenzfähig bleiben. Wir wissen, dass der Wettbewerb weltweit massiv ist. Insbesondere die Schwellenländer China und Indien, aber auch viele andere werden zunehmend zu Wettbewerbern und wenden erhebliche Mittel auf. Wir hatten kürzlich deutsch-chinesische Regierungskonsultation, die uns zeigten: Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, aber wir dürfen auch nicht verharren, sondern müssen uns genauso wie andere sputen.

Der ehemalige DFG-Präsident Professor Hubert Markl hat es einmal so ausgedrückt: „Forschung ist immer das Weiterforschen, wo andere aufgehört haben, das Weiterbauen auf Grundsteinen und Gerüsten, die andere vorbereitet haben.“ Deutschland ist ein Land, in dem viel von diesen Grundsteinen und Gerüsten vorhanden ist. Es liegt in unserer Hand, ob wir sie ordentlich und vernünftig nutzen. Aber andere wollen ebenfalls vorne mit dabei sein. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns genau das weiterhin zutrauen und der Grundlagenforschung den notwendigen Freiraum geben. „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ ist in diesem Zusammenhang ein Stichwort. Wir überlegen uns immer wieder, wie wir Fehlentwicklungen, Doppelarbeit vermeiden und verschiedene Verwaltungsstruk-

turen, Dienstrechtsvorschriften und haushaltsrechtliche Beschränkungen auf den Prüfstand stellen können.

Ein Spannungsfeld ist auch, auf der einen Seite die Steuergelder überprüfbar auszugeben und auf der anderen Seite der Wissenschaft die entsprechenden Freiräume zu geben. Deshalb müssen wir immer wieder gemeinsam über die Standards guter wissenschaftlicher Praxis sprechen. So sind auf gewisse Art und Weise Politik und Forschung Verbündete, natürlich immer mit Respekt vor den Freiräumen des anderen. Wir können in der Politik eine Menge von der Wissenschaft lernen, was das Beschreiten neuer Wege angeht. Wir müssen auch immer wieder begeistert werden, damit wir die Wissenschaft ordentlich fördern. Wir bemühen uns, mit einem neugierigen Auge auf Sie zu schauen. Wenn Sie sich bemühen, uns Ihr Wirken in verständlicher Sprache zu erklären, dann wird die Zusammenarbeit in den nächsten 60 Jahren mindestens so fruchtbringend sein, wie sie es in den vergangenen Jahrzehnten war. Ich glaube, die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist ein gutes, gelungenes Stück Bundesrepublik Deutschland, auf das wir mit Recht stolz sein können.

(Quelle: www.bundesregierung.de)

Festrede des DFG-Präsidenten

Wissenschaft, Wohl und Wohlstand

„Was nützt Wissenschaft?“, mit dieser Frage habe ich auch meine letztjährige Festrede eröffnet: Wissenschaft, so die Antwort und der Ausgangspunkt des darauf Folgenden, nütze dem Wohlstand der Gesellschaft, und wir alle seien zutiefst davon überzeugt.

Ich bin auch heute davon überzeugt, und ich vermute und hoffe: Sie ebenso. Aber ungeachtet dieser gemeinsamen Überzeugung vom Nutzen der Wissenschaft bin ich recht nachdenklich geworden in den vergangenen Monaten.

Meine Nachdenklichkeit gilt der in vielen Kontexten wiederkehrenden Frage nach den Grenzen des Fortschritts, den Grenzen von Entwicklung, von Steigerung und Verbesserung. Wie es scheint, müssen wir uns dieser Frage wiederholt stellen – oder besser: müssen wir uns diese Frage immer wieder selbst und gegenseitig und ganz bewusst stellen: Wo sind unserem Handeln Grenzen gesetzt, und wo sollten wir selbst (die) Grenzen setzen?

Unser Streben nach vorn und voran ausschließlich mit Nutzen und Wohlstand zu begründen, scheint angesichts von Situati-

onen, die die Wirklichkeit einzelner Personen, die Wirklichkeit von Völkern bis hin zur Wirklichkeit der gesamten Weltgemeinschaft erschüttern und deren Wahrnehmung schlagartig verändern, wesentlich zu kurz gegriffen.

Es gibt nur wenige solcher existenziellen Situationen, die nicht in irgendeiner Weise auch auf das Streben der Menschen nach Wohlstand und Wachstum zurückzuführen sind, das häufig und in bester Absicht auf Erkenntnissen der Wissenschaft basiert. Auch dieser Umstand muss ein wenig nachdenklich stimmen.

Wir werden bisweilen in einer Weise erschüttert, die die Dinge mit einem Mal sehr klar erscheinen lässt. Was richtig und was falsch gewesen ist, was zu unterlassen gewesen wäre und was versäumt wurde, das sind eigentlich simple Fragen, denen wir dann nachgehen.

Die Zeitfenster, die diesen sehr unterschiedlichen, aber immer Ausnahmesituationen folgen, sind freilich meist begrenzt. Reflexartig folgt einer Veränderung, einer Katastrophe oder einem Skandal und dem aufrüttelnden

Nachhall die Gewöhnung, ja, manchmal sogar die Affirmation. Die Klarheit, die entstanden ist, bleibt nicht.

Erkenntnisse und Gewissheiten darüber, was zu tun und zu lassen ist und welche Folgen unseres Handelns bereits im Vorfeld absehbar und kontrollierbar sind, erinnern wir – und lassen sie wenig später wieder außer Acht, wenn es Sachverhalte zu erwägen und zu entscheiden gilt.

Auch diese schnell eintretende Akzeptanz ist es, die nachdenklich stimmt und die die Frage aufwirft, ob man aus diesen besonderen Situationen nicht doch etwas lernen kann für einen Zeitraum, der länger währt als dieser eine Moment der Klarheit, den ein großer Einschnitt oder ein folgenreiches Ereignis nach sich zieht.

Auch wenn die Rückkehr zu unserer sogenannten „Normalität“ notwendig ist, sind wir gehalten, unser Tun einer ständigen Prüfung zu unterziehen und auch veränderten Gegebenheiten und unserem neuen Wissensstand anzupassen.

Vielleicht liegt dieses unbedingte Streben nach Fortschritt, Entwicklung und Vorankommen im Menschen selbst begründet. Aber darf es deswegen in allen Bereichen des Lebens unbedingt und grenzenlos ausgeübt werden – auch wenn zwiespältige Folgen absehbar oder Folgen gerade nicht absehbar sind?

Dürfen wir etwas tun, nur aus dem einfachen Grunde, weil wir es tun können? Oder müssen wir es vielleicht sogar tun, auch dann, wenn wir die Konsequenzen nicht kennen oder gerade weil wir die Konsequenzen nicht kennen?

Nehmen wir an, wir könnten ein nicht unerhebliches Übel lindern oder gar beheben. Nehmen wir dafür ein anderes in Kauf? Wie wägen wir beide miteinander ab? Wie schwerwiegend muss dann das Leiden sein, das wir aufheben, oder wie hoch die Anzahl derjenigen, die es betrifft?

Ist es wiederum nicht sogar geboten, zum Beispiel unser Wissen von biologischen Prozessen und Stoffen in der Haltung und Pflege von Nutzpflanzen einzusetzen, um den elementaren Bedürfnissen einer ständig und erheblich wachsenden Weltbevölkerung nach Nahrung und Obdach standzuhalten?

Können wir dem Einzelnen die Entscheidung über eine medizinische Behandlung überlassen, die etwas heilt und dabei zugleich etwas anderes verursacht?

Dürfen wir Entscheidungen, die die persönliche Lebensführung ebenso betreffen wie das ethische Grundverständnis einer Gesellschaft, allein dem Individuum abverlangen oder entgegengesetzt nur dem Staat überlassen?

Welche Schwelle passieren wir, wenn wir in die Natur eingreifen? Wann sprechen wir, wann sollten wir überhaupt von einem Eingriff sprechen? Dürfen wir natürliche Prozesse beeinflussen? Wo verläuft die Grenze zwischen ‚natürlich‘ und ‚künstlich‘?

Welche Risiken können wir verantworten? Nehmen wir das Leiden anderer Lebewesen in Kauf, um Menschen zukünftig Schmerzen ersparen zu können?

Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Sie geben mehr Anlass zu Gedankenprozessen und Gesprächen, als dass

sie einer einfachen Klärung eigneten. So will ich es auch nicht versuchen, sie zu beantworten oder einen universellen Kriterienkatalog vorzuschlagen, den man bei solchen komplexen Fragestellungen anlegen könnte.

Aber ich habe vor, mich diesen Fragen zu nähern und ihnen ein wenig auf den Grund zu gehen. Beginnen möchte ich bei ihrer Verankerung.

Diesen Fragen liegt nämlich eine unveräußerliche Bedingung zugrunde: Es ist der Erhalt, schlicht die Existenz der Menschheit. Der Imperativ des Seins – an dieser Stelle sei nur kurz auf Hans Jonas' „Das Prinzip Verantwortung“ und seine dort dargelegte Begründung der Verantwortung für die Idee und das Sein des Menschen verwiesen –, dieser Imperativ des Seins ist nicht verhandelbar.

Da gibt es nichts, was das Da-Sein des Menschen auch nur in Frage stellen kann. Das Vorhanden-Sein der Menschheit ist bedingungslos. Das ist unser unhintergebares Prinzip. Die Frage, wie das Sein beschaffen sein soll, folgt erst im nächsten Schritt auf diesem Fundament. Natürlich soll es gut sein – für das Individuum ebenso wie für die Gemeinschaft. Daraus haben wir längst unser Ziel des Wohlstands der Menschheit gefolgert.

Mit dem Wohlstand der Menschheit werden die Dinge aber auch schon unsicherer, relativer gegenüber der Absolutheit der Existenz der Menschheit. Denn schon müssen wir mit zwei Variablen denken:

Zum einen: Ist ‚die Menschheit‘ eine homogene Einheit? Ist sie zeitlich und örtlich bestimmt, das heißt, bezeichnet der Begriff der ‚Menschheit‘ alle zu einem konkreten Zeit-

punkt auf der Welt oder in einer bestimmten Region lebenden Menschen? Oder umfasst er alle heutigen, alle vergangenen und alle zukünftig lebenden Menschen? Wie weit voraus und wie weit entfernt müssen und können wir überhaupt die Menschheit und ihr Leben bei unseren Entscheidungen mitdenken, die wir heute und vor Ort treffen?

Schließlich, zum anderen: Was ist Wohlstand? Die Forschung zu diesem Thema lehrt uns Unterschiede zu Zuständen wie Zufriedenheit und Glück, nach denen das Individuum strebt. Wohlstand ist eher eine politische Größe, die den Menschen in seiner Eigenschaft als Bürger und Mitglied einer Gesellschaft versteht, und also misst, wie es um das allgemeine Wohl eines Volkes bestellt ist – in Aspekten wie Gesundheit, Bildung, Produktion und Einkommen.

Lassen Sie mich hier nur exkursorisch erwähnen, dass Daten, die versuchen, persönliches Glück zu erfassen, zunehmend ins Blickfeld politischer Entscheidungsträger, etwa in der Sozialpolitik, genommen werden.

Es gilt etwa dem Versuch, die individuellen Folgen von Arbeitslosigkeit oder den Effekt unterschiedlicher Wohngegenden auf das Befinden der Menschen zu kennen, um sie in Entscheidungsprozesse und -vorschläge einfließen zu lassen. Darüber berichtete zum Beispiel der „New Scientist“ in einer Ausgabe im April.

Wohlstand tendiert eher zur Bezeichnung des Materiellen, er umfasst Besitztümer, Bequemlichkeiten und Verfügbares. Dagegen steht das Wohl für etwas wie gutes, inneres gutes Befinden, für Ausgewogenheit und Balance, für immaterielle Güter also.

Und die betreffen nicht nur die Menschheit. Über sie selbst hinaus ist das Wohl der Menschheit, dem ihr eigenes Handeln gilt, eigentlich das Wohl der Welt, insofern die Welt der Lebensraum ist, der dem Menschen Obhut und Nahrung zuteilwerden lässt. Darauf und auf den Erhalt ihrer Fülle und ihrer Ressourcen ist der Mensch demnach angewiesen.

Da der Mensch sein soll, soll und sogar muss auch die Welt sein. Welt und Mensch sollen also sein. Gut soll es beiden gehen. Zukunft sollen beide haben. Das klingt simpel. Das sind unsere Imperative. Insofern Welt und Mensch einander bedingen und beeinflussen, ist es im Grunde ein einziger gültiger Imperativ.

Die Aufspaltung von Welt und Mensch, die rhetorische Isolierung des Menschen aus seinem natürlichen Kontext sind erst Folgen der Technisierung und der fortschreitenden Entwicklung.

Bis heute verschleiern sie lediglich den Inbegriff, den der Mensch der Welt ist, ohne dessen Autarkie von seiner Umwelt letztgültig zu begründen. Vielleicht hat diese Differenzierung zu der Entfernung geführt, die die Menschen manche unkalkulierbare Gefahr fast unbedarft eingehen lässt.

Es zeichnet sich auch in wissenschaftlichen Perspektiven und Fragen derzeit eine Entwicklung ab, die das Subjekt zentriert – aber dadurch auch isoliert. Am Rande dieses Fokus schwimmt die Umgebung, ihre Konturen werden unscharf und ihre Bedeutung und ihre gegenseitige Bezogenheit auf den Menschen gehen verloren.

Diese Konzentration auf die Belange allein des Menschen markiert zugleich seine Entfremdung von der Welt, die eine Entfremdung von sich selbst zu werden droht. Geht das überhaupt, kann man den Menschen ohne seine Umwelt denken, ihn abstrakt herauslösen aus seiner Welt; und wenn ja: Geht das gut?

Ich denke nein. Es geht mir dabei nicht darum, der Menschheit Allmachtfantasien vorzuhalten und ihr ihre eigene – also unsere – Ohnmacht und Hilflosigkeit vor Augen zu führen, wenn die Folgen des Tuns außer Kontrolle geraten. Ich möchte vielmehr zwei Gedanken vorschlagen und ein wenig verfolgen:

Erstens, dass wir lernen und uns gewahr halten, zwischen evolutionären Vorgängen und vorgenommenen Änderungen zu unterscheiden. Dabei wird es vermutlich nicht immer gelingen, eine klare Trennlinie zu ziehen. Wir werden uns wahrscheinlich oft mit einem Grenzbereich abfinden müssen, der die Übergänge illustriert zwischen menschlichem Handeln im Gleichtakt mit der Natur und dem Handeln, das ihren Takt abwandelt.

Es ist etwas anderes zu sagen: „Hier verändert sich jetzt die Welt und wir mit ihr.“ als: „Hier ändern wir jetzt die Welt und uns mit ihr, und wir wissen nicht, wohin diese Änderung führt.“

Der erste Fall liegt – zumindest weitgehend – außerhalb unseres Einflusses und unserer Kontrolle. Darin ist der Mensch (noch) ein Teil der Welt und unterliegt mit ihr gemeinsam den Bedingungen, die wir Naturgesetze nennen.

Insoweit Mensch und Welt einander zugehören, ist es nicht ausgeschlossen, bestimmte Veränderungen, die durch und mit dem Menschen in Gang gekommen sind, als Teil der Evolution zu betrachten. So haben die Menschen schließlich immer für sich und das gesorgt, was sie benötigen, und sich dazu Wege gesucht und geeignete Werkzeuge geschaffen und benutzt.

Der zweite Fall beschreibt dagegen Änderungen, die Eingriffe in gegebene Situationen und natürliche Vorgänge von Mensch und Welt darstellen. Sie verfolgen nunmehr einen partikularen Zweck – nämlich zum Beispiel die Vermehrung des Wohlstands einer bestimmten Menschengruppe zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort – und sie gehen damit das Risiko irreversibler und vor allem unabsehbarer Folgen ein.

Auch hier ist es mit einem gehobenen Zeigefinger nicht getan, auch hier muss die Schlussfolgerung nicht zwangsläufig Vermeidung oder Verzicht auf eine solche eingreifende Handlung sein – auch wenn das zunächst naheliegend scheint. Es ist vielmehr ein geschärftes Bewusstsein von der Sachlage, ihren Unsicherheiten und Instabilitäten und dem, was wir nicht wissen und nicht letztgültig ermessen können, das unsere Entscheidungen prägen sollte.

Denn auch Entscheidungen, die ins Ungeisse führen, können gut sein in dem Sinne, dass die Veränderungen, die sie initiieren, Gutes nach sich ziehen für den Menschen und die Welt, zu der er genuin gehört.

Zweitens möchte ich auf das Verhältnis von Rechten und Pflichten eingehen, das der Freiheit innewohnt, mit der ich Sie eingangs begrüßt habe.

Sie können den Imperativ des Seins auch als Ausprägung des natürlichen Rechts verstehen, das jeder Einzelne und die Menschheit als Ganzes für sich in Anspruch nehmen darf. Kein Leben muss Bedingungen erfüllen, um berechtigt zu sein. Leben ist immer einfach Leben. Dies liegt dem Verständnis von Naturrechten zugrunde.

Doch gerade diese Bedingungslosigkeit des Lebens begrenzt im Umkehrschluss Anzahl und Ausübung anderer Rechte von vornherein. Das sollten wir uns immer wieder klar machen.

Für das, was wir über die wenigen unveräußerlichen Rechte hinaus für richtig und für angemessen halten, haben wir Gesetze geschaffen. Diese Gesetze gilt es, immer wieder neu zu überprüfen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir sie selbst gemacht haben und dass die Rechte, die daraus erwachsen, dementsprechend keine Naturrechte sind.

Allzu oft herrscht aber die Ansicht, es bestehe ein individuelles oder gemeinsames Recht auf etwas. Diese Überzeugung, berechtigt zu sein, etwas zu tun oder etwas zu beanspruchen, entspricht womöglich der einen Seite von Freiheit.

Die andere Seite der Freiheit ist die Begrenzung, der Verzicht. Er kann zugunsten von etwas oder von jemandem erfolgen oder weil Recht und Anspruch nicht begründbar sind, nicht maßvoll erscheinen oder sich nicht vereinen lassen mit der Welt und mit anderen Menschen. Sie alle kennen Immanuel Kants Äußerung: „Die Freiheit des einen endet dort, wo die des anderen beginnt.“

Manche von Ihnen erinnern sich sicher noch an die autofreien Sonntage 1973. Unabhän-

gig vom ökonomischen Nutzen dieses gemeinsamen Verzichts verkehrten Fußgänger auf Autobahnen. Das eröffnete natürlich völlig neue Perspektiven. Ich stelle mir vor, dass Beschränkung und Selbstbeschränkung unsere Kreativität befördern können, dass dies Spaß macht und neuen Ideen Raum gibt.

Wenn uns also heute Dinge unentbehrlich erscheinen, die wir gestern noch gar nicht kannten, erinnern wir uns daran, dass es auch einmal ohne diese Dinge ging und dass wir mit beschränkteren Mitteln auskämen, vielleicht sogar besser, vielleicht sogar effizienter auskämen, wenn wir müssten oder nur wollten. Sich beschränken zu müssen ist für den Einzelnen wie für ein Kollektiv gelegentlich unvermeidlich. Sich beschränken zu wollen, ist eine Frage der Vernunft.

Zu beidem ist die Wissenschaft in der letzten Zeit vermehrt um Stellungnahme gebeten worden. Sie ist aktiv aufgefordert worden, ihre Aufgabe der Politikberatung wahrzunehmen.

Warum? Sie bündelt Expertisen und stellt Spezialwissen zur Verfügung, das in gesellschaftlichen Diskussionen und politischen Entscheidungen gebraucht wird. Sie kann Möglichkeiten wie Notwendigkeiten einschätzen. Ihre Rolle ist dabei aber weder die einer Außenstehenden noch verhält sie sich komplementär zur Gesellschaft.

Sie wird nicht hinzugezogen. Sie ist mittendrin. Wissenschaft ist schließlich ein Teil der Gesellschaft. Wie sollte es auch anders sein? Wissenschaft ist ja keine abstrakte Größe und kein geheimer, abgeschiedener Ort. Es sind Mitglieder einer Gesellschaft, die Wissenschaft betreiben, und das geschieht vielerorts inmitten der Gesellschaft.

Es ist also weder abwegig noch allzu überraschend, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Pflicht zu nehmen und ihre Erkenntnisse und Bewertungen mit anderen erforderlichen Informationen und auch den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu kontrastieren und diese miteinander abzuwägen.

Über die reine Aufbereitung und die Erklärung wissenschaftlicher Daten und Fakten hinaus, die für eine fundierte Entscheidungsfindung hilfreich oder gar notwendig sind, ist der Beitrag der Wissenschaft zu einer aktiven Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildungsprozessen gewachsen.

Ist das verwerflich? Nein. Denn sie entspricht zum einen dem Prinzip der Bürgerbeteiligung und Einzelverantwortung in Fundierung, Ergänzung und im Kontrast staatlichen Handelns. Zum anderen kündigt die Vermittlungsfunktion, die der Wissenschaft angetragen wird, von ihrer Position inmitten der Gesellschaft.

Gelungene Vermittlung setzt schließlich immer Verständigung und Vertrauen voraus. Beides entspringt erst einer gegenseitigen Nähe und Kenntnis und wächst im kontinuierlichen Gespräch. Wissenschaft nützt dem Wohlstand der Gesellschaft – sicher. Wissenschaft kann aber auch dem Wohl der Gesellschaft nützen. Beidem ist sie verpflichtet.

Das kann und das muss manchmal heißen: dass die Wissenschaft als Teil der Gesellschaft ihr ein Gewissen ist. Damit ist verbunden, Gefahren und Risiken zu zeigen und dafür zu plädieren, sich zu bescheiden und Maß zu halten. Die Wissenschaft ist der Ort des Diskurses, der Erörterung und der Abwägung. Wissenschaft ist der Ort des Sammelns. Wis-

senschaft ist der legitime Ort des Zweifels. Wissenschaft ist der Ort des Hinterfragens – auch und besonders des eigenen Wissens und der eigenen Gewissheit. Dieser Ort soll fest in der Gesellschaft verankert und zugänglich sein, und er soll dort aufgesucht werden.

Auch als ein solcher Ort nützt Wissenschaft dem Wohl und dem Wohlstand der Ge-

sellschaft auf eine besondere und verantwortungsvolle Weise. Nicht nur deswegen können und sollten wir unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und unsere Fortschritte in und durch die Forschung immer mit einer gewissen Distanz begleiten und sie um ihre Reflexion bereichern.

So wollen wir es halten.



forschung

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2011

DFG